

rer Einsatz des Fernsehens bei der Glaubensverkündigung, Einsatz für mehr Berufungen, für mehr Bibel-Lektüre u. a. Auch wenn kaum zu bestreiten ist, daß Menschen mit einer sehr starken religiösen Bindung auch

anders leben als der Durchschnitt der Bevölkerung, die Instrumentalisierung von Religion für ein allgemeines Wohlbefinden, für eine höhere Moralität im Sinne der konservativen „moral majority“ dürfte ein unzureichen-

der Ansatz dafür sein, die Religion zu stärken. Hier scheint ein Religionsbegriff durch, der sich stromlinienförmig in gesellschaftlich-kulturelle Bedürfnisse einpaßt – und damit Religion überflüssig zu machen droht.

K. N.

Deutsch-polnische Aggressionen?

Kirchliche und nationale Probleme in einer nach wie vor schwierigen Beziehung

Als der Primas von Polen, Kardinal Glemp, in seiner Predigt in Tschenstochau am 15. August in einer sehr ungeschützten Form aus seiner Sicht die Frage der Seelsorge an deutschen Minderheiten in Polen ansprach (vgl. HK, September 1984, 436), gab es wie zu erwarten in der Bundesrepublik ein teilweise wenig freundliches Echo. Die Unstimmigkeiten sind auch nach den Beschwichtigungsbemühungen, die hüben und drüben der Predigt folgten, nicht ausgeräumt. Der Vorgang hätte aber kaum so sehr die Gemüter erregt, wäre er nicht Ausdruck einer trotz Versöhnung nach wie vor schwierigen Beziehung, in der hier wie dort das Nationale vom Kirchlichen kaum getrennt werden kann. Reinhold Lehmann, als langjähriger Generalsekretär von Pax Christi (1969–1982) nicht nur engagierter Beobachter, sondern kenntnisreicher Akteur auf der deutsch-polnischen Szene, zeichnet die Probleme nach.

Als im September 1978 eine Delegation der polnischen katholischen Bischofskonferenz die Bundesrepublik Deutschland besuchte, näherte sich auf einem Empfang dem Krakauer Erzbischof, Kardinal *Karol Wojtyła*, ein Vertreter der Heimatvertriebenen. Er fragte, ob man in Polen auch in deutscher Sprache beichten könne. Die Antwort des Kardinals, der einen Monat später zum Papst gewählt wurde, lautete: In unserem polnischen Wallfahrtsort Tschenstochau können Sie auch in russischer Sprache beichten ...

Diese „Antwort“ des Krakauer Erzbischofs genügt, um die Predigt des polnischen Primas und Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Kardinal *Jozef Glemp*, vom 15. August (vgl. HK, September 1984, 436) in Tschenstochau richtig einordnen zu können.

Man braucht nicht an die Ränder von Konferenzen zu gehen, keine Notizen aus nächtelangen Vier-Augen-Gesprächen der letzten 20 Jahre heranzuziehen, um die polnischen Absichten klar erkennen zu können. Der oft als Architekt und Brückenbauer der deutsch-polnischen Beziehungen zitierte verstorbene Erzbischof von Wrocław (Breslau), Kardinal *Boleslaw Kominek*, erklärte im Jahre 1972: „In Polen gibt es keine Deutschen.“ Das sei sein letztes Wort.

Der Moraltheologe Professor *Franz Scholz*, in Breslau geboren, in der polnischen Seelsorge als deutscher Priester engagiert, frei von jedem Vorwurf des Revanchismus, mußte die erwähnte Bemerkung hinnehmen. Scholz erinnerte sich an dieses Gespräch nach der Predigt des polnischen Primas in Tschenstochau und konstatierte: „Wie alles Deutsche, wird auch sie (die deutsche Minderheit, die Red.) seit 1945 mit allen Macht- und Propagandamitteln in die Nichtexistenz verwiesen.“

Die Vorgeschichte des neuen Streits

Der polnische Primas hat die deutsch-polnischen Beziehungen schwer belastet. Man läßt lieber das heute noch in Leserbriefen diskutierte Problem weg, ob er sich *innenpolitisch* Luft verschaffen wollte, indem er sich an der Revanchismus-Kampagne des offiziellen Warschau beteiligte. Ebensooft hat Glemp die verbotene freie Gewerkschaft „Solidarność“ vor den Kopf gestoßen. Er neigt zu starken Pendelausschlägen, prescht einmal sehr mutig vor – und zieht sich wieder zurück. Der Primas ist heute *eine* Stimme innerhalb der polnischen Bischofskonferenz. Auch in Rom weiß man: Wichtig ist, was der *Haupttrat* sagt, verbindlich sind Erklärungen dieses Rates und der polnischen Bischofskonferenz. Was hat Primas Glemp nicht alles auf seiner Brasilienreise gesagt – und damit die ganze Opposition in Polen verärgert. Wurde nicht sogar dem in Polen tief verehrten Kardinal *Wyszynski*, dessen Stärke Kontinuität und Flexibilität waren, auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die freie Gewerkschaft vorgeworfen, er habe die Ziele der Arbeiter verraten (Stichwort: „Die Madonna streikt“). Aus diesen innerpolnischen Fragen hält sich die Kirche in der Bundesrepublik Deutschland besser heraus.

Wie oft kam Kardinal *Döpfner* enttäuscht aus seinen römischen Gesprächen mit Primas *Wyszynski* zurück. Es gab Vorwürfe und Gegenvorwürfe. Und trotzdem ging es weiter, wurden Kontakte geknüpft, entstand innerkirchliche und politische Solidarität.

In nationalen Fragen gab es nie entscheidende Unterschiede zwischen Kirche auf der einen und Regierung und kommunistischer Partei auf der anderen Seite. Man läßt

sich nicht gern auseinanderdividieren, am wenigsten „von den Deutschen“! Druck begünstigt die Kräfte, die das Getto lieben ..., stärkt den rechten Flügel ...

In deutscher Sprache wird demnächst ein Buch erscheinen, das bereits in polnischer Sprache (in Paris) verlegt wurde. Kardinal Wyszynski hat es noch kurz vor seinem Tod autorisiert. Es schildert den Lebensweg des Primas – und zeigt, wie hart und unerbittlich er die „polnische Sache“ in Rom vertrat und verteidigte. Hauptpunkt: Errichtung polnischer Diözesen in den deutschen Ostgebieten, den jetzigen polnischen Westgebieten. Wer dieses Buch gelesen hat, macht sich keine Illusionen mehr.

Auf Pius XII. konnten die Deutschen vertrauen; auf ihn war ihr diplomatischer Einfluß stark, bei ihm waren ihre Voraussetzungen günstig. Schon unter Papst Johannes XXIII. und bereits in den frühen Jahren des Pontifikats Pauls VI. haben sich die Voraussetzungen geändert. Am 3. Juni 1972 ratifizierte der deutsche Bundestag in Bonn den *Vertrag mit Polen*. Am 13. Juni sprach Kardinal Döpfner vor der polnischen katholischen Znak-Gruppe noch von der Prüfung, die Zeit erfordere; eine dauerhafte Entscheidung dürfe aber nicht verzögert werden – und am 28. Juni 1972 wurden sechs residierende Bischöfe in den Oder-Neiße-Gebieten ernannt. Döpfner wußte, daß die Entscheidung nach dem Warschauer Vertrag unausweichlich war. Niemand konnte bisher aufklären, ob die Bischofskonferenz wirklich vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Jedenfalls wurde so getan. „Sollten wir nicht froh darüber sein. Wir hatten es leichter, zu reagieren“, so ein deutscher Prälat. Ein unaufgeklärtes Kapitel jüngster Zeitgeschichte. Der polnische Staat wurde jedenfalls weitgehend umgangen.

Polnische Empfindlichkeiten und ihr Hintergrund

Der „Aufstand“ der Vertriebenen hielt sich damals in Grenzen. Die Bischöfe respektierten die Entscheidung, sprachen von pastoralen Motiven, von 30 Jahre dauernden Belastungen Roms, verwiesen auf die Viermächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes, auf die dem deutsch-polnischen Vertrag vorangestellte Erklärung des Bundestages vom 17. Mai 1972 und betonten, daß keine friedensvertragliche Regelung vorweggenommen wurde. Zwei Punkte sind in der damaligen Erklärung der Hauptkommission bedeutsam: Die berechtigten Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen zu fördern und die Bitte an die polnische Seite, sich für die pastorale Betreuung und Rechte der deutschsprachigen Minderheit in Polen einzusetzen. „Deutschsprachig“, nicht deutsch.

Der Hl. Stuhl ernannte für die Seelsorge an den Heimatvertriebenen Apostolische Visitatoren. Mit diesen feierte Primas Glemp auf dem Münchner Katholikentag einen Gottesdienst. Wie es letztlich zu dieser wirklich sensationellen Geste kam, ist nicht vollständig geklärt. Jedenfalls wurde Glemp nicht dazu gedrängt. Eine offene Kampagne in Polen gab es deswegen nicht.

Man sieht es in Polen ungern, wenn die Visitatoren ihr

„Territorium“ überschreiten. Auch die eifertigen Personalvorschläge deutscher Vertriebenenpolitiker in bezug auf die Zusammensetzung der gemischten Kommission, die von Primas Glemp in seinem Brief an Kardinal Höffner vorgeschlagen wurde, schaden nur. Der Ständige Rat der Deutschen Bischofskonferenz ist dem Dilemma aus dem Weg gegangen. Die Bischöfe, die sich seit Jahren regelmäßig in Polen und bei uns treffen, werden darüber sprechen. Das Argument, daß Mitglieder „Land und Leute kennen“ sollten, zieht hier nicht. Man darf die polnische Kirche nicht überfordern. Sie ist frei, und doch nicht frei!

Von interessierter Seite ist der Vorschlag gemacht worden, Vertriebenenpolitiker in die Kommission zu entsenden. Den Polen wird dadurch das Argument geliefert, unter dem Deckmantel der Pastoral solle ein „Scheinproblem“ dazu benutzt werden, um „Revanchismus“ zu betreiben. Das Argument, in der Bundesrepublik Deutschland habe die Seelsorge an Polen alle Möglichkeiten, zieht in Polen nicht.

Primas Glemp ist der Ansicht, daß das Problem der deutschsprachigen Seelsorge künstlich ist, aus der Bundesrepublik Deutschland kommt. In seinem bescheiden ausgefallenen *Antwortbrief an Kardinal Höffner*, dessen Inhalt die deutschen Bischöfe aus der Presse erfuhren, macht Glemp, wie sein Vorgänger Wyszyński es mit Vorliebe tat, die Medien zum Sündenbock. Er weicht, wie in solchen Fällen üblich, auf die Bildung einer Kommission aus.

Die Polen sind froh, zum ersten Mal in einem Staat zu leben, in dem fast ausschließlich Polen wohnen. Auch sie haben ihre Schwierigkeiten – und ihre Erfahrungen mit Minderheiten gemacht. Professor *Georges Castellan*, „objektiver“ Franzose, mindestens nicht Deutscher (!), hat es ihnen in seiner Kirchengeschichte (Gott schütze Polen, Geschichte des polnischen Katholizismus 1795–1982) ins Stammbuch geschrieben. Er spricht vom „Polonismus“. In der polnischen Republik zwischen den beiden Weltkriegen waren mindestens 35 Prozent der Bevölkerung nicht polnisch. Unbestritten war neben dem „Pole gleich Katholik“ nur „Litauer gleich Katholik“. Versailles hatte Deutschen und Juden einen „Minderheitenvertrag“ zugesichert, den Marschall Pilsudski 1934 annullierte. Es ging nicht nur um die Bewahrung von Sprache und Kultur, letztlich auch um die Revision der deutsch-polnischen Grenze. Wie viele Kontroversen gingen dem Überfall auf Polen voraus! In Polen erinnert man sich noch daran.

Von der wichtigsten polnischen Minderheit, den *Juden*, kann hier nur wenig die Rede sein. Auch mit den Juden hatte es die katholische Kirche schwer. Castellan notiert für die Vorkriegszeit: die Berichte der Reisenden enthalten eine Vielzahl von antisemitischen Äußerungen von Priestern und Prälaten.

Natürlich glaubten noch viele Katholiken, daß die Juden „ihren Gott“ getötet hatten. Kardinal Hlond schrieb 1936 einen Hirtenbrief, in dem er die Juden des verderblichen Einflusses auf die Moral bezichtigte, sie wucherten und

trieben Mädchenhandel. Nicht alle seien so, setzte er hinzu, warnte auch vor dem Antisemitismus der Deutschen, betonte, Juden dürften nicht geschlagen, verstümmelt oder diffamiert werden. Im Klartext: Nur ein Jude, der zum christlichen Glauben findet, ist ein guter Pole! Juden, die im Auftrag Moskaus handelten, haben sich nach 1945 in Geheimdienst und Diplomatie zum Teil schrecklich an Polen gerächt. 1968 machte Gomulka die Juden zu Sündenböcken. Viele Tausende wanderten nach Israel und in die USA aus.

Wer ist Deutscher in Polen?

Wir leben in der gleichen Geschichte. Nur vergleichen oder gar mit dem Finger auf den anderen zeigen, das können wir nicht. Es gab Katholiken in Polen, die unter Lebensgefahr Juden retteten. Nicht nur einige Tausende, vielleicht Zehntausende. Der polnische Historiker *Wladyslaw Bartoszewski* gehört zu ihnen. Er beschreibt in seinem Buch „Vergossenes Blut uns verbrüdert“ vor allem auch die Leistungen der Orden und der einfachen Menschen, die jahrelang unter Lebensgefahr Juden versteckten. Polen war das Land der Toleranz für viele Minderheiten, doch der im 20. Jahrhundert Höhepunkte feiernden Intoleranz konnte es sich auch nicht ganz entziehen.

Wenn Bartoszewski, glühender Pole und zugleich Weltbürger, sagt, daß man im heutigen Polen *Jude oder Deutscher* sein muß, um einen Ausreisepaß zu erhalten, dann trifft er genau das Problem. Glomp und viele andere Bischöfe sprechen von einer ökonomischen Frage. Wer für sich und seine Familie keine Perspektive mehr sieht, erinnert sich seiner deutschen Vergangenheit. Er sucht das Staatsbürgerschaftsgesetz, das sich auf den 31. Dezember 1937 bezieht. Plötzlich entdeckt er mit der Geburtsurkunde seiner Eltern sein Deutschtum, stellt einen Ausreiseantrag, erhält in der Bundesrepublik einen *Vertriebenenausweis*, geht einen erheblich komfortableren Weg als der „polnische“ Asylant. Deutsche Sprachkenntnisse holt er in Kursen nach.

Wer ist nun eigentlich Deutscher? Jeder polnische Staatsbürger, der sich auf den 31. Dezember 1937 und als „Abkömmling“ darauf berufen kann. Kein Zweifel, eine Million, vielleicht sogar mehr – aber viele fühlen sich als Polen, sind Polen. Deutsche werden sie hier!

Polnische Bischöfe behaupten, Familienzusammenführung sei ein Alibi; es würden mehr Familien getrennt als zusammengeführt. Wer Polen verläßt, ist kein guter Pole – und auch kein guter Katholik! Volkswagendeutscher, wie oft hörte ich das aus dem Mund von Bischöfen und Prälaten. Das leichte Leben im Westen, Autos, Venedig, Dollar, Dirnen ...

Man muß unterscheiden: Wir sprechen von Heimatvertriebenen. Die Polen kennen nur Aussiedler. Vertriebene sind auch diejenigen, die sich vor der Roten Armee auf die Flucht nach Westen begaben. „Human und geordnet“ nennt man in Polen die großen Vertreibungen (in Polen Umsiedlung), verweist auf die Beschlüsse der Alliierten, in

deren Auftrag gehandelt wurde. Wer dabei war (froh, nicht nach Sibirien zu kommen!), spricht eine andere Sprache. Immer wieder kamen weitere Deutsche, auch im Gefolge des Renten- und Kreditabkommens aus dem Jahr 1975 zu uns. Schon wieder sollen 125 000 ausreisen wollen; die gleiche Quote war 1975 vereinbart worden und wurde von Polen bereits „übererfüllt“. Der Strom reißt nicht ab, weil in Polen das Leben schwerer geworden ist. Die Ursache liegt in der Unfähigkeit der Partei, den Polen ein menschenwürdiges Leben zu bieten – und am System der Unfreiheit, aus Moskauer Landen frisch auf den polnischen Tisch. Oder wissenschaftlicher ausgedrückt, Export des zaristisch-leninistischen Systems nach Polen. Wer bleibt, braucht eine hohe Moral, muß im Polentum verwurzelt sein.

Letztlich werden wir mit einem *innenpolitischen Problem Polens* konfrontiert. Aber das alles haben wir Deutschen als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges über die Polen gebracht. Natürlich mit Hilfe Stalins und mit dem politischen Versagen seiner westlichen Verbündeten. Solange in Polen so regiert wird, weil Moskau es will, können Polen und Deutsche dies nicht ändern.

Neuer Anfang – bleibende Probleme

„Auf dem Weg zur Versöhnung“, wie dieser jahrzehntelange Prozeß oft voreilig von Bischöfen bei Pontifikalämtern und bei opulenten Gastmählern genannt wurde, ist manches liegengeblieben. 1965 haben polnische und deutsche Bischöfe ihre Botschaften ausgetauscht. Wyszynski, das ist sein großes Verdienst, hat die damaligen Spannungen mit dem Regime ausgehalten. Er hat Kardinal Döpfner später gedrängt, den Warschauer Vertrag praktisch nachzuratifizieren. Döpfner verwies ihn an die Politik ...

Es sind Tausende von Kontakten geknüpft worden, die auch jetzt alle Spannungen aushalten, auch innerhalb der Kirchen. Was der ehemalige Sekretär der deutschen Bischofskonferenz, der jetzige Bischof von Hildesheim, *Josef Homeyer*, auf dem Gebiet der Verständigung getan hat, ist heute noch gar nicht abschätzbar. Von Pax Christi über das Kolbe-Werk (Hilfe für KZ-Opfer) bis hin zu katholischen Vertriebenen, ja bis hinein in Pfarreien, die seit 1980 Hilfsgüter für Polen sammeln, reicht die Spannweite. Von der Basis bis hinein in den Bereich, der nicht an die große Glocke gehängt wird: interkirchliche Hilfe. Es gab angesichts der Millionenhilfe kritische Stimmen, die auf den Hunger in der Welt und auf die Entwicklungshilfe verwiesen. Vor allem im Zusammenhang mit den riskanten Plänen eines polnischen Agrarfonds, bei dem die Deutschen als erste zur Kasse gebeten werden.

Wir haben aber auch in Polen ein Stück weit unsere eigene Vergangenheit entdeckt. Wir haben gesehen, daß als erste in Auschwitz Polen umgebracht wurden. Wir sahen, was in den Augen der Polen Okkupation bedeutet. Welcher Aufwand mußte getrieben werden, um nur ein Seminar zu veranstalten, um eine Delegation zu empfangen oder zu entsenden. Verschiebungen, Enttäuschungen

– und trotzdem, es wurde getan, weil es Millionen von Menschen in der Bundesrepublik und in Polen gab, die begriffen hatten, daß ein neuer Anfang gemacht werden muß, auch für mehr Frieden in Europa. Israel, Frankreich und Polen – das konnte man einfach nicht trennen.

So kommen alle Probleme, die verschoben wurden, die im Glanz der Abschlußkommunikations untergingen, wieder Jahr für Jahr. Selbst bei bestem Willen beider Seiten. Man kann die Versöhnung nicht herbeireden, man muß mehr dafür tun.

Die polnische Seite sollte endlich das erlösende Wort an die Vertriebenen sprechen, das ein einziger Pole bisher deutlich gesprochen hat: *Bartoszewski* im letzten Jahr vor dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Man wird es ihm in Polen von Kirche und Partei noch „heimzahlen“.

Der ehemalige Auschwitzhäftling verwies zunächst auf den Bewußtseinsstand und den Reifegrad jeder Gesellschaft. Diese haben die Bischöfe zu berücksichtigen.

Rom hat den Vertriebenen viel zugemutet. Breslau z. B. war bis 1972 ihre Erzdiözese, heute Wrocław. Sie sind dort geboren, haben nicht illegal dort gelebt; diese Stadt war ihre Heimat. Heimat ist ja mehr als nur ein Platz zum Arbeiten und Schlafen. Heimat verliert man nicht. Aber es geht um Frieden. Frieden braucht Gerechtigkeit. War die Vertreibung gerecht? Frieden braucht Freiheit. Leben die Polen in Freiheit?

Wer sich innerhalb der deutschen Bischofskonferenz Gedanken darüber machen muß, wie es weitergehen könnte, sollte *Bartoszewski*s Ansprache lesen. Er erwähnt zunächst die große psychologische Wirkung der Hilfe von 1980 bis heute. Nur wenn man die Psyche der Polen verstehe, könne man die Auswirkungen dieser Solidarität richtig beurteilen. Er verschweigt auch nicht die andere, die polnische Seite: „Wir haben uns daran beteiligt, Millionen Menschen ihrer Heimat zu berauben, von denen die einen sicherlich sich schuldig gemacht haben, indem sie Hitler unterstützten, die anderen, indem sie seine Verbrechen tatenlos geschehen ließen, andere nur dadurch, daß sie sich nicht zu dem Heroismus eines Kampfes gegen die furchtbare Maschinerie aufrufen konnten, und das in einer Lage, als ihr Staat Krieg führte. Das uns angetane Böse, auch das größte, ist aber keine Rechtfertigung und darf auch keine sein für das Böse, das wir selbst anderen zugefügt haben; die Aussiedlung der Menschen aus ihrer Heimat kann bestenfalls ein kleineres Übel sein, niemals eine gute Tat. Sicherlich wäre es ungerecht, wenn ein Volk, überfallen von zwei Räubern, zusätzlich noch alle Kosten dafür zahlen sollte. Die Wahl eines Auswegs, der, wie es scheint, eine geringere Ungerechtigkeit ist, die Wahl des kleineren Übels, darf dennoch nicht unempfindlich machen gegen sittliche Probleme. Das Böse ist Böses und nicht Gutes, selbst wenn es ein geringeres und nicht zu vermeidendes Böses ist. Denn so ist es nun einmal: Entweder will man Christ sein – oder nicht, wenn man einer ist, weiß man, daß der Grundsatz der Sippenhaft nichts mit der Ethik zu tun hat, zu der wir uns bekennen; daß,

selbst wenn wir das kleinere Übel wählen mußten, wir es nicht ein Gutes nennen dürfen; daß Böses zuzufügen sittliche Verpflichtungen auferlegt, auch wenn der, dem wir Böses antun, uns hundertmal mehr Böses zugefügt hat und sich obendrein nicht allzu stark zur Wiedergutmachung genötigt fühlt.“

Wir müssen Prioritäten setzen

Nicht alle Polen, die an Verhandlungstischen sitzen, haben geschichtlich, politisch – und christlich Ausgangspositionen *Bartoszewski*s oder des polnischen Bürgerrechtlers *Jozef Lipski*. Sie sind enger, mutloser, weniger vorausschauend. Und die *deutschen Partner*?

Es gilt, *Prioritäten* zu sehen und zu setzen. Erste Prioritäten sind Freiheit der Gedanken und Mut zur geschichtlichen Tatsache. Dazu kommt die Einschätzung der Lage: Was ist den Kirchen zuzumuten, auch im Hinblick auf die politische Lage?

Die Probleme der deutschen Minderheit in Polen dürfen *nicht überbewertet* werden. Man muß mit den Priestern sprechen. Gottesdienst ist in Polen nicht nur eine liturgische Handlung, auch eine Manifestation, die bis in den Bereich der oppositionellen Haltung hineinreicht. Der Besuch eines deutschen Gottesdienstes würde sich zu einer Art Abstimmung gegen das Regime gestalten, diesmal aber mit außenpolitisch-deutschem Akzent.

Bischof *Alfons Nossol*, der als „Schlesier“ in Opole/Opeln wahrlich die Probleme kennt, könnte der deutschen Bischofskonferenz aus seiner Sicht eine Vorlesung darüber halten. Seine Alumnus im Seminar lernen im übrigen auch Deutsch.

In Schlesien gab es vor dem Krieg Millionen, die beide Sprachen beherrschten oder sich mindestens in ihnen ausdrücken konnten. Sie jetzt einseitig als deutsche Minderheit zu bezeichnen, die für ihr Seelenheil oder zum Verständnis der Liturgie und der Sakramente Deutsch braucht, wäre verfehlt. Letztlich ist den Deutschen, die sich nach dem Krieg in die polnische Staatsbürgerschaft flüchteten, um bleiben zu können – oder die bleiben mußten, weil sie für Industrie und Handel wichtig waren, die Staatsbürgerschaft aufgezwungen – und die deutsche Sprache mit Gewalt ausgetrieben worden. Das darf *Primas Glomp* nicht übersehen. Das verschweigt er. Das ärgert die Vertriebenen, ihre Seelsorger. Wenn diese jetzt ihr Deutschtum wiederentdecken, fehlen ihnen oft die sprachlichen Voraussetzungen, um überhaupt deutsche Gottesdienste verlangen zu können.

In den Familien wurde die deutsche Sprache aufgrund des Drucks von außen kaum gepflegt; in den Schulen war sie verboten. Warum ist es so überraschend, daß Umsiedler aus Rumänien und aus der Sowjetunion, alle drei Generationen, Deutsch sprechen – die Polen, die hier rasch zu Deutschen werden, kaum? Mindestens diejenigen Polen, die nach dem Krieg geboren wurden, die über 40 Jahre alt sind, nicht. Jetzt kommt alles wieder. Frage an den *Primas*: Gibt es doch einen nicht erforschten Mechanismus,

daß alles, was unterdrückt wurde, z. B. die Sprache, in die Unzufriedenheit drängt? Das Problem ist sicherlich psychologisch – und zugleich sehr politisch.

Wären weniger Menschen zu uns gekommen, wenn sie Minderheitenrechte erhalten hätten? Mußte Polen in den „Westgebieten“ so verfahren? Hatte nicht alles, was Deutsch war, für sie den Klang der Sprache der „Herrenrasse“?

Wenn Vertriebenenverbände in Gottesdiensten in Polen Zweisprachigkeit fordern, so mag dies in der Vorkriegssituation an manchen Orten gerechtfertigt gewesen sein. Heute ist das nicht mehr der Fall. Man gehe nach Friedland, horche, wer noch Deutsch spricht. Natürlich hat dies mit der Kulturpolitik der Polen zu tun. Das alles kommt zu spät. Die Mehrzahl der Polen ist froh darüber. Das alles ist schmerzhaft für die, die noch nicht begriffen haben, obwohl in ihrer Existenz selbst durch Heimatverlust betroffen, daß dies alles eine Konsequenz des (verlorenen) Krieges ist. Hitler wollte Polen endgültig vernichten. „Das Problem“, so Himmler, sollte beseitigt werden. Polen wurde 1945 von der Roten Armee „befreit“. Diese „Befreiung“ dauert fort.

Wer denkt eigentlich daran, wieviel Millionen Polen täglich leiden müssen, nicht nur weil sie gezeichnet sind von den damaligen Verfolgungen – sondern weil sie geistig und materiell auf das verzichteten müssen, was uns selbstverständlich ist?

Die denkenden Polen schließlich dürfen dankbar auf das schauen, was die deutschen Heimatvertriebenen selbst zu ihrer Integration getan haben. Die christlichen Kirchen waren Faktoren der Stabilität; sie trugen dazu bei, daß keine „Irredenta“ entstand. Der Warschauer Vertrag hätte sonst kaum ratifiziert werden können. 1950 haben die Vertriebenen in ihrer Charta auf Rache und Vergeltung verzichtet. 1966, bei der Tausendjahrfeier, antworteten die Katholiken Polens auf die Frage von Primas Wyszyński: Wir vergeben!

Die nach wie vor schwierigen Beziehungen sind extrem belastet durch die jüngste Vergangenheit. Sie fordern eine Konzentration auf die tatsächlichen Probleme. Beide Seiten brauchen Geduld, dürfen sich nicht gegenseitig unge-

duldig machen. Wenn wir heute mit Zahlenspielen das zerstören, was schon geleistet wurde, machen wir zu-nichte, was unter wirklichen Opfern entstanden ist. In beiden Ländern.

Wieder von vorn anfangen

Das Feld der deutsch-polnischen Beziehungen ist so schwierig, daß es, so seltsam es klingt, nur radikale *Parteinahme* geben kann. Für sie gibt es nur eine Entschuldigung oder ein Bekenntnis: Ich liebe euch, weil ich weiß, was ihr gelitten habt. Und auf die polnische Seite übertragen, auf diese Situation der Resignation, zugleich des Hoffens auf die Stunde der wirklichen Befreiung: ... und weil ihr täglich noch leidet ... Wer längere Zeit das Abenteuer der deutsch-polnischen Beziehungen gelebt hat, versteht dies.

Die Polen haben ein Recht darauf, daß die Deutschen sie verstehen. Frieden kann nur schaffen, wer sich in die Lage des anderen hineindenken kann. Weniger reden, noch mehr tun: Begegnungen auf allen Ebenen, auch wenn es schwer geworden ist. Das Ziel im Auge behalten: Frieden in Europa, nicht ohne Polen. Wie sehr wir noch von diesem Ziel entfernt sind, haben die Ereignisse beim Papstbesuch in Breslau und die Predigt von Kardinal Glemp – und unsere überraschten Reaktionen bewiesen.

Es genügt nicht, darauf hinzuweisen, daß Deutsche und Polen „schon oft zusammen gebetet haben“ (Glemp). Sie müssen mehr miteinander reden – auf allen Ebenen, auch die Laien. Diese Gespräche sind durch die Ereignisse in Polen abgebrochen worden. Die Polen waren und sind mit sich selbst beschäftigt. Nun zeigen sich die verhängnisvollen Folgen des Kriegsrechts.

So schlimm es ist: Wir dürfen wieder ein Stück weit von vorn anfangen.

So schmerzhaft es vielleicht für manche ist: Der „pastorale Sprachenstreit“ darf nicht zum Gradmesser der deutsch-polnischen Beziehungen werden! So grotesk es klingt: gerade heute werden Deutsche in Polen mit offenen Armen empfangen, denn Millionen Polen haben vor und nach der Verhängung des Kriegsrechts erlebt, daß es „die anderen Deutschen“ gibt.

Reinhold Lehmann

Die „neue Armut“ hat viele Gesichter

Ein Gespräch mit dem Frankfurter Sozialdezernenten Karl H. Trageser

Das Stichwort „neue Armut“ taucht in den letzten Jahren und besonders seit den einschneidenden Sparmaßnahmen im Bereich der Sozialleistungen immer wieder auf. Die Zahl derer, die als Sozialhilfeempfänger oder auf anderem Wege in diese Zone geraten, ist nicht gering. Wir befragten dazu den Stadtrat und Dezernenten für Soziales, Jugend und Wohnungs-wesen der Stadt Frankfurt. Gesprächspartner war David Seeber.

HK: Herr Trageser, bereits Mitte der siebziger Jahre machte Heiner Geißler im Zuge der CDU-Diskussion um

die sog. Neue Soziale Frage 6 Millionen Arme oder an der Armutsgrenze entlang lebende Menschen im Wohlstandsland Bundesrepublik aus. In einer erst wenige Monate alten Studie von Professoren des linken Spektrums wird festgestellt, offene und verdeckte Armut nehme „in erschreckendem Umfange“ zu. Und wieder wird von „neuer“ Armut gesprochen. Was ist daran neu?

Trageser: Neu ist sicher, daß wir einen großen Teil derjenigen, die wir als arm bezeichnen, neu entdeckt haben.